

## **Sozialabbau ohne Ende?**

(Veranstaltung des DGB-Kreis Düren am 25.1.97)

I.

Mehr als vier Millionen Menschen sind als Arbeitslose registriert.

Über 1,5 Mio. Menschen stecken zurzeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in Fortbildung und Umschulung oder erhalten Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld.

Hinzu kommen derzeit bereits mehr als eine Million Menschen, die keine Leistungen vom Arbeitsamt erhalten, die so genannte "stille Reserve".

Insgesamt suchen mehr als sieben Millionen Menschen einen Arbeitsplatz!

Jeden Tag werden viele hundert Kolleginnen und Kollegen in die Arbeitslosigkeit abgeschoben.

Dies ist das Ergebnis der Politik dieser Bundesregierung und das Ergebnis ausschließlich Gewinn orientierter Ziele der Unternehmer, insbesondere der Konzerne und Großunternehmen!

So pervers es klingen mag: Die Aktienkurse steigen genauso rasant wie die Arbeitslosigkeit!

An diesen Fakten gibt es keine Zweifel!

Aber die Bevölkerung wird mit Halbwahrheiten, Fehltritten und vor allem durch die ideologische Propaganda von Bundesregierung und Unternehmerverbänden hinter das Licht geführt. Da wird immer noch und wieder neu an der Legende gestrickt der zu hohen Lohnkosten bzw. Lohnnebenkosten, der starren Tariflohnstruktur, der zu

hohen Sozialleistungen, die den Standort Deutschland gefährden und den Druck globalisierter Märkte unerträglich machen.

Dabei bestätigen wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute und die Bundesbank, dass sie von der wachsenden Exportnachfrage die wirtschaftliche Belebung erwarten, dass von einer allgemeinen Standortchwäche der Bundesrepublik gar nicht die Rede sein kann, dass die Entwicklung der Lohnstückkosten (in denen die Lohnnebenkosten enthalten sind) in Deutschland jahrzehntelang günstiger verlief als im Durchschnitt der anderen Industrieländer, dass zwei Drittel der deutschen Exporte und Direktinvestitionen in die Industrieländer gehen, dass die deutsche Handelsbilanz mit den neuen Industrieländern in Asien und den Reformländern in Osteuropa ausgeglichen ist, und dass die steigenden deutschen Direktinvestitionen im Ausland ein Spiegel der Exportüberschüsse und der ununterbrochenen Aufwertungstendenz der D-Mark sind.

Der Sozialstaat stößt angeblich an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Dass der Eurofighter oder die Bundeswehr nicht mehr finanzierbar seien, davon hört man nichts.

Der Bundeskanzler hat die Sparmaßnahmen damit begründet, der Haushalt des Staates müsse wie ein Privathaushalt geführt werden. Auf den ersten Seiten der Lehrbücher der Ökonomie kann man bereits lesen, dass der Staat durch seine Finanzpolitik die inländische Nachfrage in einer wirtschaftlichen Schwächephase bzw. Rezession nicht noch mehr zusammenschnüren darf. Der Einzelhandel beklagt seit Jahren Umsatzrückgänge, seit dem die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sinken. Der Staat müsste gerade das Loch ausfüllen, das eine schrumpfende und abgewürgte Privatnachfrage aufgerissen hat.

Mitglieder der Regierung klagen, dass die Deutschen über ihre Verhältnisse leben. Wer sind das, die Deutschen? Die Kabinettsmitglieder oder die Sozialhilfeempfänger?

Während das Volkseinkommen jährlich wächst, während, wie Minister Blüm verkündet, die Deutschen noch nie so reich waren wie heute, während von den Aktionären hohe Dividenden und von den Managern hohe Gehälter kassiert werden, sinken die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten. Nicht das Wachstum des Volkseinkommens, sondern die ungleiche Verteilung des Reichtums und die tiefe gesellschaftliche Spaltung sind das erstrangige Problem.

## II.

Einkommen und Wohlstand sind immer ungleicher verteilt. Wenige haben immer mehr, immer mehr müssen mit weniger auskommen.

Die 80er Jahre waren in der Bundesrepublik von einem beispiellosen, anhaltenden Wirtschaftswachstum geprägt, aber auch von einer beispiellosen Spaltung zwischen denen, die am wachsenden Wohlstand teilhatten, und denen, die davon ausgeschlossen wurden.

Zwischen 1980 und 1994 hat sich der reale Wert der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen fast verdoppelt, während ein Arbeitnehmer 1994 nach Abzug von Steuern und Abgaben sowie der Inflationsrate über gerade mal 1,9% mehr Einkommen verfügte als 14 Jahre zuvor.

Obwohl die Unternehmen entlastet worden sind, die Bundesrepublik im internationalen Vergleich bei der tatsächlichen Steuerbelastung im Mittelfeld rangiert, ist von der erhofften Wirkung auf dem Arbeitsmarkt nichts zu spüren.

Im Jahre 1980 trugen die Unternehmer und Selbständigen noch 25% der gesamten Steuerlast, heute sind es nur noch 10%. Zugleich stieg ihr Nettoeinkommen um 219%.

Viele Betriebe haben wachsende Vergünstigungen kassiert und Vorteile genutzt.

Der Autohersteller BMW etwa zahlte im Jahre 1988 noch rund 545 Mio. Mark an den deutschen Fiskus, schon vier Jahre später nur noch bescheidene 31 Mio. Mark. 1993 wies BMW - trotz steigender Gewinne - in Deutschland sogar Verluste aus und bekam vom Finanzamt 32 Mio. Mark zurück. Ähnlich sieht es bei Siemens, Daimler-Benz und anderen Großunternehmen aus.

Denn neben allen ohnehin gewährten Vergünstigungen haben die multinationalen Unternehmen einen breiten Pfad entdeckt, auf dem sie auch die übrigen Gewinne noch bequem am Finanzamt vorbeitrugen können. Dazu stellen die in verschiedenen Ländern angesiedelten Tochtergesellschaften und Niederlassungen eines

Mutterkonzerns sich untereinander - oft fiktive - Dienstleistungen in Rechnung, und zwar so, dass die höchsten Ausgaben just an dem Standort anfallen, der die höchsten Steuersätze hat. Die größten Gewinne dagegen fallen praktischerweise da an, wo die Steuern am niedrigsten sind - auch wenn die Firma dort lediglich die Größe eines Briefkastens hat.

Und wie reagiert die Politik? Mit einem ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze. Anstatt wenigstens auf europäischer Ebene die Steuersätze anzugleichen, um der Politik der Konzerne Einhaltung zu gebieten, bringen die Mitglieder der europäischen Union ihre Finanzpolitiker gegeneinander in Stellung. Die Unternehmer reiben sich die Hände: 1991 führte Siemens noch etwa die Hälfte seiner weltweiten Gewinne an die 180 Staaten ab, in denen das Unternehmen Filialen hat, 1995 waren es nur noch 20%.

So wird die Steuerpolitik gleich zweifach zum Grab des sozialen Ausgleichs: der zunehmende Verzicht auf Gewinnsteuern zu Lasten der Arbeitnehmer verstärkt die Einkommensunterschiede und schnürt zudem den finanziellen Spielraum des Staates ein.

Der muss dann immer neue Sparpotentiale und Einnahmequellen finden und langt bei denen zu, die sich seinem Zugriff nicht entziehen können: Lohnempfängern, Rentnern, Arbeitslosen, Kranken, Sozialhilfeempfängern.

Der Sozialstaat degeneriert im öffentlichen Sprachgebrauch zum Wettbewerbs-Hindernis; wer von sozialen Standards spricht, gilt, seit der Westen kein Schaufenster gegen Osten mehr braucht, rasch als ökonomischer Narr.

### III.

In der Bundesrepublik weht seit der politischen Wende im Jahre 1982 ein neuer Wind. Viele Kolleginnen und Kollegen haben das leider zu spät erkannt und oftmals weiterhin falsch gewählt.

Nach dem Regierungswechsel von der sozial-liberalen Koalition zum christlich-liberalen Bündnis gab es zum Auftakt gleich 19 Verschlechterungen durch ein so genanntes Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz, sieben Einschränkungen der

Sozialhilfeleistungen im 2. Haushaltsstrukturgesetz und Einbußen im Rentenanpassungsgesetz.

Seit dem gibt es nur noch Fortschritte auf dem Weg in die Vergangenheit. AFG-Novellen, Streikparagrafen zur Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft, Abmagerungskuren für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, "Solidarpakt" genannte Umverteilungsaktionen von unten nach oben, Haushaltsbegleitgesetze, Kostendämpfungsgesetze, Regelsatzverordnungen und was die Phantasie der Regierenden sonst noch hergab unter dem Etikettenschwindel "Sozialumbau".

Über 150 Sozialeinschnitte haben fleißige Rechner wie die Arbeiterkammer Bremen seit dem Jahre 1982 bilanziert. Ende offen.

Seit dem Jahre 1990 belasten 20 Steuer- und Abgabenerhöhungen zusätzlich die Arbeitnehmereinkommen.

Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung sowie Steuer- und Beitragslasten erreichen immer neue Rekordhöhen, und über die ständige Höherbewertung der D-Mark wird noch größerer Wettbewerbsvorsprung durch Lohnverzicht gegenüber der ausländischen Konkurrenz immer wieder zunichte gemacht.

Die Geschichte des Sozialumbaus in Deutschland ist eine Geschichte der Lastenumverteilung von oben nach unten. Sozialpolitisch, aber auch steuerpolitisch. Staatlich wie privat. Das Tempo wird immer schärfer.

Die so genannte Sozillastquote, der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Nation, stagniert und erreicht ihre behauptete Rekordhöhe nur durch die Plünderung der Sozialkassen für versicherungsfremde Leistungen. Etwa die Finanzierung der deutschen Einheit, eine ureigene Angelegenheit der Steuerzahler.

Die Lohnquote, also das Verhältnis der abhängigen Einkommen zum Volkseinkommen, ist wieder auf das Niveau der 50er Jahre zurückgefallen. Dafür ist der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen auf über ein Drittel gestiegen, die Steuerlast auf Gewinne dagegen um ein Drittel zurückgegangen. Die realen Nettolöhne pro Kopf stagnieren seit über 15 Jahren.

Die realen Nettogewinne erreichen Rekordhöhen.

Die Opfer sind immer die Täter. Die Schuldigen aber werden frei gesprochen. Statt der Arbeitslosigkeit werden die Arbeitslosen bekämpft.

Die Politik der konservativen Bundesregierung setzt deutliche Markierungen auf dem Weg in eine andere Republik. Kürzungen im Sozialetat, Zugaben für die Rüstung. Eine Milliarde für den Umweltschutz, 50 Milliarden für die so genannte Verteidigung. Gegen wen eigentlich?

Immer mehr Exporthilfe für Kriegsgerät, immer weniger Entwicklungshilfe für die Dritte Welt.

Es ist unerträglich geworden in dieser Republik. Es wird gegen das Volk regiert! Wie lange will sich dieses Volk das noch gefallen lassen?

#### IV.

Machen wir uns klar: Demokratie ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht überlebensfähig!

Der bitter erkämpfte Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der sich in der so genannten sozialen Marktwirtschaft ausdrücken sollte, bricht auseinander. Die neuen Spielregeln - Flexibilisierung, Deregulierung, Globalisierung - drängen Millionen Menschen aus der Lohngesellschaft. Die Mehrheit rutscht in allgemeine Verunsicherung ab. Das System sozialer Vorsorge wird systematisch demontiert. Der gesellschaftliche Zusammenhalt löst sich auf.

Der Anteil, den Kapitaleigner und Vermögensbesitzer zur Finanzierung staatlicher Aufgaben beitragen, sinkt weltweit.

Soziale Verantwortung von Unternehmern finden wir immer weniger. Es handelt sich nicht mehr um eine der üblichen Wirtschaftskrisen. Wir stehen gemeinsam vielmehr in der Gefahr, unsere Freiheitsrechte zu verlieren. Freiheit ohne Gerechtigkeit und soziale Verantwortung gibt es nicht! Die uneingeschränkte Freiheit des Kapitals führt in die Katastrophe.

Deshalb geht es auch nicht alleine um die Verteidigung unserer Tarifrechte und um den Erhalt des Sozialstaates. Der Turbo-Kapitalismus, dessen weltweite Durchset-

zung jetzt unaufhaltsam erscheint, zerstört die Grundlagen für einen funktionsfähigen Staat und die demokratische Stabilität.

Es sieht inzwischen so aus, als müsse sich die Demokratie gegenüber einer kapitalistischen Marktwirtschaft rechtfertigen, als müsse der Sozialstaat dem spitzen Bleistift eines Betriebsbuchhalters ausgeliefert werden.

Unsere Proteste, Versammlungen, unsere Bündnisangebote und Tarifkompromisse werden bei weitem nicht ausreichen, um die asoziale Entwicklung aufhalten zu können.

Da muss wesentlich mehr geschehen.

Wir brauchen die Einigkeit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im DGB!

Wir brauchen verbindliche Verabredungen mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den europäischen Gewerkschaften!

Konzepte und Vorschläge der Gewerkschaften für eine soziale und gerechte Wirtschaftspolitik gibt es genug. Aber wir müssen endlich von der Theorie zur Praxis kommen. Wir müssen endlich anfangen, gemeinsam NEIN zu sagen.

Wir brauchen den Mut im Alltag, im Betrieb, im Widerspruch gegen Unternehmer und die gewählten Parlamentariern.

Wir haben unendlich viel Macht, wenn wir uns einig sind!

Jeder Kampf verlangt von uns Opfer, Disziplin, Mut und Entschlossenheit.

Aber der Kampf ist unvermeidbar. Unsere Gegner zerstören die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben.

Unsere Kinder werden uns eines Tages fragen, warum wir gegen die Zerstörung ihrer Zukunft nichts getan haben.